



Umstrittene Praktika in Kindertagesstätten

Ein Schwerpunkt war die Totalrevision des Tagesbetreuungsgesetzes. Im Hintergrund der heftigen Debatte ging es um die Frage, ob primär die Familie oder der Staat für die Betreuung der Kinder zuständig ist. Ich gehe von der Verantwortung der Familie aus und stimmte mit den Bürgerlichen, jedoch nicht bei der Praktika-Frage. Aufgrund eigener Beobachtungen und des Gesprächs mit dem Berufsbildungsexperten Martin Kohlbrenner (EVP) finde ich es stossend, dass - im Unterschied zu anderen Berufen - vor dem Ausbildungsbeginn ein einjähriges Praktikum verlangt wird. Zur Eignungsabklärung reicht auch eine Schnupperlehre oder ein Kurzpraktikum. Leider verhinderten die Bürgerlichen, unterstützt von der GLP, einen entsprechenden Paragraphen zum Schutz der Praktikantinnen und Praktikanten mit 49 zu 47 Stimmen.

Vorstoss: Erhöhung des Beitrags für persönliche Auslagen für Personen in Heimen

Im Mai reichte ich meinen ersten Vorstoss ein - zugunsten von Personen, die in stationären Einrichtungen leben, also in Heimen, therapeutischen Gemeinschaften und Pensionen. Sie haben monatlich einen pauschalen Betrag für persönliche Auslagen zur Verfügung, der seit 2008 nicht mehr angepasst wurde. Ich machte eine Aufstellung, was alles mit der Pauschale bezahlt werden muss, und zeigte auf, dass dieser Betrag zu tief bemessen ist und eine Erhöhung gerechtfertigt ist.

Klimaschutzdebatte mit knappen Entscheiden

Im Rahmen der Klimaschutzdebatte wurden insbesondere von der SP zahlreiche Vorstösse eingereicht: eine Partei im Wahlkampf. Die Mehrzahl wurde vom Rat abgelehnt, zum Teil ganz knapp und mehr als einmal durch den Stichentscheid des Ratspräsidenten. Einige Vorstösse gingen auch für mich zu weit, andere unterstützte ich, z.B. die Verwendung von Flughafengebühren zur Errichtung eines Kompetenzzentrums mit der Aufgabe, bessere Nachtzugverbindungen von Basel nach Topdestinationen in Europa auszuhandeln. Manche Reisende würden die Bahn einem Billig-Flieger vorziehen. Auch wenn es nicht einfach ist, diesen Vorstoss umzusetzen, ging es mir darum, ein Zeichen für die Verbesserung von Zugverbindungen zu setzen.

Vorstoss: Prävention vor sexueller Gewalt und Belästigung

Mitte Mai reichte ich eine Interpellation zur Prävention von sexueller Gewalt und Belästigung im Kanton Basel-Stadt ein. Amnesty International hatte eine aktuelle Befragung von 4495 Frauen ausgewertet. 12% hatten Geschlechtsverkehr, obwohl sie ihn nicht wollten. Am häufigsten kamen Belästigungen in Form unerwünschter Berührungen, Umarmungen oder Küsse vor.

<https://www.amnesty.ch/de/themen/frauenrechte/sexuelle-gewalt/dok/2019/sexuelle-gewalt-in-der-schweiz> Ich fragte den Regierungsrat, ob er bereit sei, den Kanton Basel-Stadt zur Null-Toleranz-Zone gegen sexuelle Belästigungen zu machen. Eine weitere Frage bzw. Forderung war der Start einer umfassenden

Präventionskampagne, welche die Bevölkerung sensibilisiert, Opfer schützt, die Opfer zu Anzeigen ermutigt und den Tätern klar signalisiert, dass ungebührliches Verhalten für sie Konsequenzen hat.

Thomas Widmer-Huber, EVP